

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt wiesl.  
Gemein Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Maires der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1534  
Grotzstraße Riesa Nr. 62

Nr. 40.

Sonnabend, 16. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich  
Verlagslohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen  
für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Nachforderung vor. Anzeigen  
bis 37 mm breite, 3 mm hohe Zeilen (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 37 mm breite Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Nachforderung vor. Anzeigen  
Bemerkung: Abgabe erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. Wichtige  
Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschließung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59.  
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

## Aussichten für Deutschland.

Die Sachverständigenausschüsse haben sich, wie wir von ausländischer Seite erfahren, ausdrücklich mit Dank darüber ausgesprochen, wie ihnen ihre Arbeit in Berlin durch die deutsche Regierung sowohl wie auch durch die Interessentenkreise erleichtert worden ist. Damit erledigen sich alle anders lautenden Meinungen, die von dieser oder jener Unzuliebe der Sachverständigenausschüsse in Berlin wissen wollten.

Die Mitglieder des zweiten Ausschusses, der die Kapitalflucht zu studieren hatte, stehen allerdings der Frage sehr skeptisch gegenüber, ob es überhaupt Mittel gibt, entflohenes Kapital in das Inland wieder zurückzubringen. Daher werden wohl die Arbeiten des zweiten Ausschusses praktisch in die Arbeiten des ersten Ausschusses hinübergeleitet werden, und damit löst sich die Frage der Rückführung des deutschen Kapitals aus dem Ausland auf der Basis der Lösung der Reparationsfrage überhaupt vielleicht gelöst werden.

Am ersten Ausschuss bestand Einmütigkeit darüber, daß die Reparationsfrage ohne Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftlichkeit, der deutschen Souveränität und der Verkehrseinheit und Zollfreiheit überhaupt nicht gelöst werden könne. Darüber bestand Einigkeit einschließlich der Franzosen. Es sind neue Vorschläge gemacht worden, die sich dahin zu verhalten scheinen, daß man eine internationale Anleihe auf die Reichsbahn, die Zolleinnahmen und den deutschen Grund und Boden beschließen könne. Aus einer solchen Anleihe könnte Frankreich den größten Teil als Reparation erhalten und damit über seine jetzige Finanznot für einige Zeit hinwegkommen. Dazu müßte Deutschland ein Moratorium gewährt werden, währenddessen die Anleihe auch zur Zinszahlung benutzt werden könnte. Aber es wird uns mit aller Energie verweigert, daß Amerika eine internationale Anleihe niemals geübt würde, wenn die fremde Offensivarmee bestehen bliebe und die deutsche Reichsbahn in zwei Teile zerfallen würde.

Unter diesen Umständen und namentlich infolge des Frankfurter Beschlusses macht sich in Frankreich schon eine Wendung bemerkbar, die nicht mehr an der Spitze steht: Nicht aus der Ruhr heraus! Die französische Presse hat nun allerdings mit Jubel feststellen zu können geglaubt, daß die Sachverständigen in Berlin dahinter gekommen seien, daß Deutschland an Steuern im Vergleich mit den Steuern in den alliierten Ländern 4 Milliarden Goldmark zu wenig zahlt und daher einen Ueberschuß von 4,5 Milliarden habe. Die Ziffer von 4 Milliarden ist im Ausschuss einmal genannt worden, aber lediglich im Vergleich zu den englischen Steuern pro Kopf der Bevölkerung, und dieser Vergleich ist eben falsch, weil das englische Einkommen ein ganz anderes Einkommen ist als das deutsche. Ein solcher Vergleich ist also nur nach einem prozentualen Maßstab möglich. Im Sachverständigenausschuss meinte man nur, daß bei einem dreißigjährigen Moratorium und einer Verlängerung der Arbeitszeit Deutschland wieder so hoch kommen könnte, daß es in seinem Etat einen Ueberschuß erzielt, der aber auf eine viel geringere Summe als 4 Milliarden geschätzt wurde. Einigkeit scheint in den Ausschüssen auch darüber zu bestehen, daß die deutschen Reparationszahlungen niemals durch Goldleistungen erfüllt werden könnten, sondern nur aus einem Ueberschuß des Euts oder des Exports, wobei jedoch der Export niemals durch gewalttätige Steuern, sondern nur in kontinuierlicher Entwicklung gesteigert werden könnte.

In den Sachverständigenausschüssen war sehr viel wertvolle weltwirtschaftliche Auffassung zu bemerken, und zwar gab es dabei etwa nicht zwei Parteien von Engländern und Holländern auf der einen und Franzosen und Belgiern auf der anderen Seite, sondern es war ein gemeinsamer Standpunkt weltwirtschaftlich denkender Persönlichkeiten. Man kann deshalb den weiteren Arbeiten der Sachverständigenausschüsse mit einem gewissen Vertrauen entgegensehen und sogar die Hoffnung haben, daß Frankreich, ohne sich dadurch einer Niederlage auszuweisen, bereit sein könnte, halt des Ruhrlandes ein anderes Land anzunehmen.

Die Frage der Errichtung der Goldnotenbank ist von den Sachverständigen in der Uebersetzung behandelt worden, daß die gesamte Welt an einem Währungsversall in Deutschland kein Interesse hat und daß man Deutschland nicht den Weg versperren darf, der neue Kredite für seine Landwirtschaft und Industrie schafft. Andererseits wollen die Sachverständigen auch dem Projekt der deutschen Goldnotenbank des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht keine Hindernisse in den Weg legen, weil Deutschland mit der Bilanzierung seines Euts die höchste Eile hat. Die bisherigen Vorschläge können mit Frankreich direkt konnten bisher nicht weiter kommen, weil sie unter dem Druck der Reparationsfrage standen. Jetzt aber werden diese Verhandlungen erneut von Regierung zu Regierung geführt. Die deutsche Regierung legt Gewicht darauf, daß solche Verhandlungen nur durch die Regierung, aber niemals seitens der besetzten Gebiete oder einzelner Wirtschaftskreise oder Wirtschaftsführer geführt werden, denn es kommt hier die ganze deutsche Frage in Betracht, nicht das Interesse eines Gebietes oder einzelner Industriezweige. In den Verhandlungen über die Währungsfrage sind allerdings die deutschen Industrievertreter direkt eingeladen worden.

Am eine Verlängerung der Währungsfrage über den 15. April hinaus ist auf keinen Fall zu denken, es ist fraglich, ob die deutsche Industrie sogar bis dahin diese Last tragen kann. Auch in der Frage der Befreiungskosten, die zunächst noch weiter von Deutschland gezahlt werden, steht es so, daß im Zusammenhang mit den Arbeiten der Sachverständigenausschüsse diese Frage in kurzer Zeit anders gelöst werden muß, wenn Deutschland sich nicht an den Befreiungskosten verbluten soll. Keinesfalls darf nach Waise der deutschen

Regierung durch die Befreiungskosten unsere Währung von neuem gerettet werden.

## Die Sachverständigen wieder an der Arbeit.

(Paris. Die Sachverständigen des Komitees Dawes haben bereits gestern früh ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Sie besaßen sich hauptsächlich mit einem Stich umsonst aus Berlin eingetroffenen Aktensatz. Von 5-6 Uhr nachmittags hatten sie eine lange Unterredung mit Barthelemy, dem Präsidenten der Reparationskommission. Es heißt, daß Dr. Schacht am Montag von dem Ausschuss vernommen werden wird. In seine Berechnung dürfte sich dann eine Aussprache mit dem Vertreter der französischen Regierung und höchstwahrscheinlich mit Tirard anschließen, in der die wirtschaftliche Bedeutung des Ruhr- und Rheinlandes erörtert werden soll.

## Proteste gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

(Dresden. Gegen die beabsichtigte Aufhebung des Ausnahmezustandes laufen bei den zuständigen Stellen aus dem ganzen Lande Protesttelegramme ein. Der Verband sächsischer Industrieller als Vertreter der sächsischen Industrie und der sächsische Landbund als Vertreter der sächsischen Landwirtschaft haben in Telegrammen an die Reichsregierung und General von Seekt nachdrücklich gegen den Plan Einspruch erhoben. Bereits am Donnerstag hat die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei einen ähnlichen Schritt unternommen, dem sich auch der Landesauschuss der Deutschen Nationalen Volkspartei angeschlossen hat.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, sind über den sachlichen und ökonomischen Umfang der geplanten Aufhebung des Ausnahmezustandes noch keinerlei Anordnungen beschlossen. Man darf in neuer Zeit annehmen, daß die jüngsten Terrorakte in Sachsen-Coburg, Neustadt, Spremberg, Döbeln und zahlreichen anderen Orten des Erzgebirges, bei denen eine Reihe schwerer Verbrechen zu beklagen und großer Sachschaden zu verzeichnen ist, Anlaß sind, den Ausnahmezustand für Sachsen noch nicht zum 1. März aufzuheben. Welchen Umfang diese Bombenanschläge und sonstigen Gewalttätigkeiten nach Aufhebung des Ausnahmezustandes annehmen würden, geht aus verschiedenen Anzeichen bereits hervor. Entscheidend für die Beibehaltung des Ausnahmezustandes ist aber, daß die Umbildung der sächsischen Landespolizei noch nicht vollendet und damit eine ausreichende Sicherheit, besonders für die kleineren Orte des Landes, noch nicht gewährleistet ist. Angesichts der anhaltenden Besserung des sächsischen Arbeitsmarktes und des wiederwachsenden Vertrauens des Auslandes zur sächsischen Industrie dürfte die Fortsetzung der kommunikativen Gewalttakte neue Rückschläge bringen. So hören wir aus Sachsen-Coburg, daß dort die gesamte Industrie am Montag die Betriebe schließen will, wenn bis dahin der gänzlich unzureichende Polizeischutz nicht verstärkt wird. Ähnlich liegen die Dinge in den übrigen Orten des Erzgebirges und Ostschlens. Der Wahlkreisverband Ostschlens der Deutschen Volkspartei hat deshalb folgendes Telegramm an den Reichsausschuss und die zuständigen Reichsbehörden geschickt: Jüngste kommunikativen Unruhen in Sachsen (Bombenattentate, Mord, Einbrüche) lassen bei vorgetragener Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwere Schädigungen der sich langsam beruhigenden sächsischen Gesamtindustrie befürchten. Erbitten dringenden Beibehaltung des Ausnahmezustandes für Sachsen, bis die Umorganisation der Landespolizei durchgeführt und dadurch ausreichender Schutz gewährleistet ist.

## Der Erfolg für den Ausnahmezustand.

Bekanntlich hat die Regierung sich bereits mit Bestimmungen beschäftigt, die in Kraft treten sollen, sobald der Ausnahmezustand aufgehoben ist. Unser Berliner Vertreter erklärt über die beabsichtigten und noch zu bestimmenden Schritten folgenden Punkte von unterrichteter Seite:

Der Brief des Generals v. Seekt an den Reichspräsidenten, in welchem die Aufhebung des Ausnahmezustandes beklammert wird, ist nicht, wie vielfach vermutet wurde, auf Anordnung des Reichspräsidenten oder Reichskabinetts verfaßt worden, sondern entspricht der eigenen Initiative des obersten Militärbefehlshabers. General v. Seekt steht auf dem Standpunkt, daß die Reichswehr nicht länger mit Aufgaben belastet werden darf, die mit ihrer politischen Natur die Aufmerksamkeit der Welt und einem großen Teil der Bevölkerung noch mehr vertiefen würden. Da aber die Befreiungskosten wegen einer Umorganisation von kommunikativen und von Wagnern anlangt, auch nationalsozialistischer Seite noch nicht völlig geklärt worden sind, plant das Reichskabinet die Uebertragung außerordentlicher Befugnisse an den Reichsminister des Innern. Es würde sich auch hier um ein Votivorium handeln, welches bis zu dem Zeitpunkt dauern soll, wo dem Reichstage ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, eine Art Inkursionsvorlage, an deren Abfassung die beteiligten Referenten bereits eifrig arbeiten. Der Plan begegnet erheblichem Widerstand, vor allem bei den Landesregierungen, die auf dem Standpunkt stehen, daß vor allem die Länder die Aufgabe haben, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Demokraten bekämpfen das Projekt ebenfalls, und zwar nicht nur die Reichstagsfraktion, sondern auch die demokratischen Reichsminister, einschließlich Weiser, der in diesem Fall mit der Partei völlig einig geht. Die endgültige Regierung wird von der Haltung des Zentrums abhängen, welches sich erst in der nächsten Woche mit dem Gesamtstand befaßen wird.

## Nun die Freiheit der Platz.

(Spener. Ueber die Besprechungen des von der Rheinlandskommission eingesetzten Untersuchungsaußenbüros für die Platz mit Vertretern des sächsischen Reichstages wird gemeldet: Die deutschen Vertreter haben die unabweisbare Erklärung abgegeben, daß der Kreislauf keineswegs befristet, irgendeinen Akt vorzunehmen, der die rechtmäßige Platzregierung ausschließt. Der Kreislauf könne unter keinen Umständen als Regierung angeprochen werden. Im Laufe der Verhandlungen wurde dann folgende Vereinbarung zur Wiederherstellung des Verwaltungsapparates getroffen: Die von den sächsischen Separatisten ausgewiesenen Beamten sollen unverzüglich zurückkehren. Die Rückkehr der von den Befreiungsbehörden während des Ruhrkampfes ausgewiesenen Beamten soll nach Prüfung von Fall zu Fall erfolgen. Die in der Platz verbleibenden Beamten sollen unverzüglich ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Die von deutscher Seite geforderte Forderung, daß die Separatistenfriststellung revidiert wird, soll berücksichtigt werden. In all diesen Fragen soll der Verhandlungsausschuss des Reichstages die Vermittlerrolle zwischen der interalliierten Kommission, der Bevölkerung, der Reichsregierung und der bayerischen Regierung spielen. Diese zunächst provisorischen Vereinbarungen unterliegen noch der Genehmigung der sächsischen Regierung, die bekanntlich ihren Sitz nach Heidelberg verlegt hat.

## Die Franzosen schützen die Separatisten.

(Bergzabern. Gestern vormittag wollte die Bevölkerung der Separatisten mit Gewalt aus dem Bezirksamtsgelände vertreiben. Die Franzosen griffen ein und trieben die Leute auseinander. Am Nachmittag traf eine Abteilung von etwa 50 Spanisch zum Schutz der Separatisten ein. (Landstuhl. Das Bezirksamtsgelände ist von den Separatisten geräumt worden. Gestern nachmittag zog ein Teil der Bevölkerung unter Mordanschlägen vor das Stadthaus, holte dort die separatistische Fahne herunter und hängte eine Fahne in den bayerischen Landesfarben. Die deutschen Beamten üben ihre Tätigkeit wieder aus.

(Grimma. Ein Teil der noch hier anwesenden Separatisten ist gestern abend unter französischer Bedeckung in Autos aus der Stadt abtransportiert worden. Ein weiterer Teil befindet sich noch unter Bewachung der sächsischen Polizei, deren Beamten die Franzosen die Schutzmassen abgenommen haben. Gestern waren General de Res und Oberkommissar Tirard hier anwesend. Das Erscheinen der Vorkommissar Tirard ist immer noch verboten. Ein Zeitungsverkäufer wurde gestern von den Franzosen verhaftet. In der Stadt herrscht Ruhe.

(Kodenshausen. Die Separatisten haben ihren sofortigen Abzug abgelehnt. Der separatistische Bezirkskommissar Severt erklärte, er habe von den Franzosen die Befreiung zu bleiben.

## Freier Verkehr im besetzten Gebiet.

(Köln. Die Rheinlandskommission stellt mit, daß die Ordnung 177 für alle besetzten Gebiete aufgehoben wird. Der Verkehr ist demnach innerhalb der besetzten Gebiete vollkommen frei. Ebenso ist die Ausfuhr von ausländischen oder inländischen Brennstoffen (Kohle, Koks oder Braunkohle) nach dem unbesetzten Deutschland und dem Ausland wieder gestattet. Die Einfuhr ausländischer Rohstoffe bleibt jedoch weiter von einer Ausfuhrbewilligung abhängig.

## Die Militärkontrolle in Deutschland und der Völkerbund.

(Paris. Wie aus Genf mitgeteilt wird, ist in Kreisen des Völkerbundes offiziell nichts davon bekannt, daß die englische Regierung beabsichtigt, den Völkerbund um die Uebernahme der Militärkontrolle in Deutschland zu bitten. Man hält es indessen für möglich, daß der englische Vertreter Lord Parmoor auf der nächsten Sitzung am 10. März bestimmte Vorschläge in der Frage machen wird. Branting, der bekanntlich Mitglied des Völkerbundes ist, hat vor einigen Tagen in Genf einen Vorschlag formuliert, wonach die künftige Militärüberwachung des Völkerbundes durch eine entsprechende Kommission, aus 15 Mitgliedern bestehend, erfüllt werden soll. Dieser Kommission würden die militärischen Mitglieder des künftigen Ausschusses als Sachverständige zur Seite gestellt. Diese Anregung Brantings hat begrifflicherweise Mißfallen erregt. Es war voranzuziehen, daß alle Regierungen, die mit der Möglichkeit einer Uebernahme der Militärkontrolle in Deutschland durch den Völkerbund rechneten, eine ablehnende Haltung einnehmen würden. Der diplomatische Mitarbeiter der Staatsagentur erklärt, daß eine gewisse Regierung und zwar nicht die französische, wiewohl sich diese auf denselben Standpunkt stellen wird, in Genf mitteilen ließ, sie würde eher aus dem Ausschuss des Völkerbundes für militärische Angelegenheiten austreten, als in eine Schmälerung ihrer Rechte einwilligen.

## Pariser Heke wegen der Aufhebung des Ausnahmezustandes.

(Paris. In dem Rücktritt des Generals von Seekt von seinem Vizeposten wird Echo de Paris lediglich ein Wanders erklährt, das dann bestimmt sei, die öffentliche Meinung Amerikas und Großbritanniens vor der Entscheidung einer internationalen Konferenz zu beeinflussen.